

V-4

Antragsteller*innen: Martin-Sebastian Abel u.a.

Gegenstand: TOP 11: Verschiedenes

Für Selbstbestimmung und starken Datenschutz – Bargeld erhalten, Bezahlobergrenzen verhindern

1 Freiheit und Selbstbestimmung sind zentrale Anliegen GRÜNER Politik. Wir wissen, dass
2 die Freiheit der Einzelnen an rechtliche und soziale Voraussetzungen gebunden ist. Wir
3 setzen uns dafür ein, dass nicht nur eine privilegierte Minderheit die Freiheit wahrnehmen
4 kann, ihr Leben selbst zu gestalten. Das beinhaltet die Freiheit der Wahl der Lebensent-
5 würfe, die Chance für kommende Generationen, frei über ihr Leben zu entscheiden, und
6 Freiheit von exzessiver staatlicher Überwachung. Mit der Einführung einer Obergrenze
7 für Bargeldzahlungen droht jedoch genau dieses Ausufernde staatlicher Überwachung, ins-
8 besondere im digitalen Zeitalter.

9 Bargeld ist in Deutschland unverändert die am häufigsten genutzte Zahlungsform. Dies
10 gilt sowohl für den Anteil gemessen am Zahlungsvolumen (53%) als auch bei der Zahl
11 der Transaktionen (79%). Bargeld ermöglicht bessere Ausgabenkontrolle, ist barrierefrei
12 einzusetzen und auch in Krisensituationen sicher. Wir GRÜNE wollen Bürger*innen vor
13 staatlichen Eingriffen in die Privatsphäre, aber auch vor der Datensammelwut von Konzer-
14 nen, Versicherungen und Banken schützen. Vor diesem Hintergrund gilt für uns GRÜNE:
15 Bargeld ist nicht einfach nur Geld, sondern gelebte Freiheit.

16 **Kontrollfantasien Einhalt gebieten**

17 Die Datensammelwut von Banken, Versicherungen und Unternehmen ist immens. Hieraus
18 haben sich in den letzten Jahren zahlreiche, oftmals fragwürdige Geschäftsmodelle entwi-
19 ckelt. Zahlreiche Versicherungen haben bereits Tarife, in denen Kundinnen und Kunden
20 abhängig von ihrem individuellen Lebenswandel zahlen und sich dafür weitgehend durch-
21 leuchten lassen. Im E-Commerce werden heute schon in Sekundenschnelle individuelle
22 Kundenprofile abgefragt und abhängig von diesen Werten individuelle Preise und Zah-
23 lungsoptionen berechnet.

24 Diese Modelle bringen die Balance zwischen Anbieter*innen und Kund*innen in drama-
25 tischer Wei- se aus dem Gleichgewicht. Bei einem vollständig elektronischen Zahlungs-
26 verkehr droht ein Szenario, in dem Verbraucherinnen und Verbraucher Konsumentenschei-
27 dungen nicht mehr selbstbestimmt treffen können, weil sie aufgrund der vorhandenen

28 Datenmengen bereits im Vorfeld ausgeforscht sind. Undurchsichtige Scoringverfahren und
29 Datenhandel sind bereits heute ernste Probleme. Un- verständliche und nicht nachvoll-
30 ziehbare Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) leisten ihren Beitrag zu maximaler
31 Intransparenz; Datenhändler nutzen alle gesetzlichen Spielräume und rechtlichen Graube-
32 reiche, um Transparenz möglichst zu verhindern. Die Konsequenz sollte deshalb sein, zur
33 Datensparsamkeit zurückzukehren, statt immer neue Datenerhebungen, -speicherungen
34 und -verarbeitungen zuzulassen.

35 Die Regeln zur Weiterverarbeitung und Löschung sind vielen Verbraucher*Innen nicht
36 bekannt und immer neue Datenschutzskandale haben zur Verunsicherung beigetragen.
37 Wir GRÜNE streiten deshalb für wirksame Konzepte gegen ausufernden Datenhandel.
38 Wir wollen klare Transparenzre- geln, die es allen Bürger*innen ermöglichen, exakte In-
39 formationen darüber zu bekommen, was bei Auskunfteien und Datenhändlern über sie
40 gespeichert ist. Wir begrüßen, dass mit der Europäischen Datenschutzreform erstmals ein
41 starker datenschutzrechtlicher Rahmen in ganz Europa gilt und werden bei der Umset-
42 zung der Reform in Bundes- und Landesrecht Spielräume, insbesondere mit Blick auf
43 Scoring, im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher nutzen. Wir haben in NRW
44 seit Regierungsübernahme 2010 die Datenschutzaufsicht deutlich gestärkt und wollen die-
45 sen Kurs verstetigen.

46 Wir GRÜNE würdigen vor diesem Hintergrund auch die Rolle der Verbraucherzentralen.
47 Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung wurden die Verbraucherzentralen gestärkt, sodass
48 diese wichtige Institution mittlerweile in jedem Kreis Nordrhein-Westfalens vorhanden ist.
49 Die Verbraucherzentra- len sind für uns wichtige Verbündete, wenn es gilt, rechtsstaatliche
50 Grundprinzipien zu verteidigen und das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben durchzu-
51 setzen. Denn trotz vieler Beratungsangebote und Musterklagen sind selbst aufgeklärte
52 und technikaffine Verbraucher*innen verunsichert: Sie wissen bei Vertragsunterzeichnun-
53 gen und der Nutzung von Dienstleistungen und Produkten weder, ob ihre Daten sicher
54 sind, noch welche Informationen überhaupt erhoben und gespeichert werden.

55 Auch der Bankenverband lehnt eine derartige Obergrenze trotz des damit verbundenen
56 Mehraufwands für seine Institute aus verbraucherpolitischen Gründen ab und plädiert statt-
57 dessen für eine schärfere Durchsetzung des Geldwäschegesetzes insbesondere auch in den
58 einschlägigen Handelsbranchen.

59 Das Ansinnen konservativer und sozialdemokratischer Finanzminister, Geldgeschäfte
60 künftig kom- plett bargeldlos zu gestalten, läuft auf eine anlasslose Vorratsdatenspei-
61 cherung unseres vollständigen Konsum- und Zahlungsverhaltens hinaus. Dem stellen wir
62 GRÜNE uns entschieden entgegen! Wir wollen nicht, dass unbescholtene Bürger*innen
63 staatlich durchleuchtet werden, denn bei ausschließlich elektronischem Zahlungsverkehr
64 würden gigantische Datenmengen angehäuft, die durchrastert und bei Bedarf retrograd
65 durchforstet würden. Wir GRÜNE stehen zum Grundsatz der Datensparsamkeit und leh-
66 nen dieses Vorgehen deshalb ab.

67 **Bargeldbegrenzungen – nach unten kein Ende**

68 Die derzeit durch den Bundesfinanzminister vorgeschlagene Begrenzung von Barzahlun-
69 gen auf 5.000 Euro soll die meisten Menschen in Sicherheit wiegen. Schließlich ist der

70 Kreis derer, die bereits Barzahlungen über diesem Limit getätigt haben, ziemlich klein
71 und exklusiv. Die Erfahrungen aus anderen Europäischen Ländern zeigen aber, dass die
72 Grenze nach unten sehr schnell erreicht wird: In Italien liegt sie derzeit schon bei nur noch
73 3.000,- Euro, in Frankreich gar nur noch bei 1.000,- Euro und in Dänemark möchte die
74 Zentralbank ab 2017 keine Geldscheine mehr in Umlauf bringen.

75 Letztendlich ließe es mit den Argumenten der Befürworter einer Obergrenze logischerwei-
76 se auf eine Abschaffung des Bargeldverkehrs insgesamt hinaus, denn nach dieser Logik
77 gäbe es mit der endgültigen Abschaffung des Bargeldes dann auch keine Schwarzarbeit,
78 Geldwäsche oder Terror- angriffe mehr. Dass die geplante Bargeldobergrenze und wo-
79 möglich darauf folgend eine Abschaffung des Bargeldes insgesamt dazu führen könnten,
80 sogenannte „Negativzinsen“ auf die bei den Banken eingelegten Geldanlagen anrechnen zu
81 können, ohne dass sich die Eigentümer der Einlagen dagegen durch die Bargeldabhebung
82 verwahren könnten, ist eine seit Beginn dieser Debatte bestehende Argumentation.

83 **Steuerhinterziehung und Geldwäsche bekämpfen – Finanzverwaltung** 84 **stärken**

85 Gleiches gilt für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität oder der Geldwäsche. Bei-
86 de Bereiche der Polizeiarbeit werden nahezu jährlich mit neuen Aufgaben und Befugnissen
87 ausgestattet. Bereits heute zählt etwa die Geldwäschebekämpfung zu einem der am wei-
88 testen in die Grundrechte der Bürger*innen eingreifenden, hoheitlichen Tätigkeitsgebiet.
89 Die Befugnisse von Finanzverwaltung und Strafverfolgungsbehörden sind weitgehend und
90 der Instrumentenkasten wird regelmäßig eingesetzt.

91 Wir GRÜNE werden auch weiterhin dafür streiten, dass die Finanzverwaltung in einem
92 grundrecht- lich angemessenen Rahmen die notwendigen Instrumente für die konsequente
93 Umsetzung von Steuergerechtigkeit zur Verfügung gestellt bekommt. Zudem werden wir
94 weiter für eine Stärkung der Finanzbehörden eintreten und wollen diese mit zusätzlichen
95 Stellen ausstatten.

Antragsteller*innen

Martin-Sebastian Abel, KV Düsseldorf

Matthi Bolte, KV Bielefeld

Oliver Keymis, KV Rhein-Kreiss Neuss

Horst Becker, KV Rhein-Sieg

Hans Christian Markert, KV Rhein-Kreiss Neuss

Mehrdad Mostofizadeh, KV Essen

Malte Spitz, KV Unna

Frank vom Scheidt, KV Remscheid

Wibke Brems, KV Gütersloh

Dr. Richard Ralfs, KV Rhein-Sieg

Josefine Paul, KV Münster

Dagmar Hanses, KV Soest

Karin Schmitt-Promny, KV Aachen

Rainer Bode, KV Münster

Kai Gehring, KV Essen

Stefan Engstfeld, KV Düsseldorf

Ophelia Nick, KV Mettmann

Samuel Olbermann, KV Düsseldorf

Wiebke Stange, KV Düsseldorf

David Schichel, KV Remscheid